

Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 23.06.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:57 Uhr
Ort, Raum: Realschule, Meyerhofstraße 6

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Ratsvorsitzender

Herr Clemens-August Röchte

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Stephan Blömer

Herr Walter Bokern

Herr Frank Bruns

ab TOP 3

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Herr Christian Fahling

Frau Margarete Godde

Herr Norbert Hinzke

bis einschl. TOP 1.1.2

Herr Ralf Kache

Frau Silvia Klee

Frau Stefanie Kröger

Herr Walter Mennewisch

Herr Reinhard Mertineit

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

ab TOP 2, bis einschl. TOP 4.3.4

Herr Franziskus Pohlmann

Frau Christina Renner

Herr Konrad Rohe

Herr Paul Sandmann

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärman

Herr Walter Sieveke

Herr Holger Teuteberg

Frau Brigitte Theilen

Frau Henrike Theilen

Herr Peter Willenborg

Herr Ali Yilmaz

bis einschl. TOP 4.3.3

Herr Michael Zobel

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Jana Böckmann

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Frau Kathrin Kolhoff

Herr Matthias Reinkober

Herr Hermann Theder

Herr Sebastian Wolke

Abwesend:

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Eckhard Knospe

Herr Fabio Maier

Herr Lukas Runnebom

Tagesordnung:

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 10.03.2021
3. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
 - 4.1.1. Kostenpflichtige Bewirtschaftung von Stellplätzen
Vorlage: 20/009/2021
 - 4.1.2. Fördermöglichkeiten für allgemeine Dachbegrünungen
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 61/007/2020/1
 - 4.1.3. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung - "Förderprogramm Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung"
Vorlage: 61/007/2020/2
 - 4.1.4. 74. Änderung des Flächennutzungsplans '80 der Stadt Lohne und Bebauungsplan Nr. 20 E – 1. Änderung für den Bereich zwischen der Keetstraße und der Meyerhofstraße
 - a) Beratung der während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.2 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
 - b) Satzungsbeschluss
 Vorlage: 61/008/2021/1
 - 4.1.5. Bebauungsplan Nr. 194 für den Bereich „Nördlich Dinklager Straße / Zum Lerchental"
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
 - b) Satzungsbeschluss
 Vorlage: 61/011/2021
 - 4.2. Empfehlungen des Bauausschusses
 - 4.2.1. Satzung über die Aufhebung der örtlichen Bauvorschrift (Satzung) über die Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Stadt Lohne;
 - a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen
 - b) Satzungsbeschluss
 Vorlage: 60/008/2021/1
 - 4.3. Empfehlungen des Finanzausschusses

- 4.3.1. Zuschussantrag des Golfclub Gut Brettberg Lohne e. V.
Vorlage: 20/005/2021
- 4.3.2. Zuschussantrag des Schützenvereins Lohne e. V. von 1608 - Neubau einer Schießsporthalle
Vorlage: 20/003/2021
- 4.3.3. Entgeltordnung für die Benutzung des Parkhauses am St. Franziskus-Hospital
Vorlage: 20/006/2021
- 4.3.4. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Nutzung des LOHNEUMS
Vorlage: 20/004/2021
- 4.3.5. Bau eines offenen Gemeinde- und Begegnungszentrums sowie einer Bücherei / Mediothek - Finanzierungsplanung
Vorlage: 20/007/2021
- 4.3.6. Veräußerung eines Erbbaugrundstücks an der Märschendorfer Straße
Vorlage: 23/012/2021
- 4.3.7. Festlegung eines Konzeptes und des Kaufpreises für eine Reihenhausbauung auf dem Voßberg
Vorlage: 23/002/2021
- 5. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 5.1. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG: Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 10/011/2021
 - 5.2. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG: „Events finden Stadt“ / Innenstadt-Patenschaften für Kunst, Kultur & Sport
Vorlage: WÖ/007/2021
 - 5.3. Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 56 NKomVG: Pop-up-Store
Vorlage: WÖ/008/2021
 - 5.4. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Smart-City
Vorlage: 6/010/2021
- 6. Einwohnerfragestunde

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Vor der Sitzung wurden alle Sitzungsteilnehmer mittels Antigen-Schnelltests negativ auf das Coronavirus getestet. Es wurde darauf hingewiesen, dass die FFP2-Masken am Platz abgenommen werden können.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Röchte eröffnete die Sitzung unter Wahrung des Mindestabstandes und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß durch Einladung vom 15.06.2021 einberufen wurden. Die Tagesordnung zu Teil A der Sitzung wurde im öffentlichen Teil der Oldenburgischen Volkszeitung bekannt gegeben. Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Nach Anmerkung der SPD-Fraktion und der Verwaltung wurde einstimmig beschlossen,

TOP 4.2.1 – Fördermöglichkeiten für allgemeine Dachbegrünungen; Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage 61/007/2020/1) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs vor

TOP 4.1.2 – Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung – „Förderprogramm Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung“ (Vorlage 61/007/2020/2) zu beraten.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf wurde um sachliche Diskussion gebeten.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 10.03.2021

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass der Kaufpreis im Beschluss auf Seite 14 (TOP 3 – Kaufanfrage für ein städtisches Wohnhaus) 290.000 € laute. Bei den angegebenen 2.590.000,00 € handele es sich um einen Tippfehler.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 29 , Enthaltungen: 2

3. Bericht des Bürgermeisters über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeister Gerdsmeyer trug die wesentlichen Inhalte seines Berichts vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt, ebenso die Berichte des Präventionsrates und der Gleichstellungsbeauftragten.

4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses

4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses

4.1.1. Kostenpflichtige Bewirtschaftung von Stellplätzen Vorlage: 20/009/2021

Ein Sprecher informierte darüber, dass er seit Beginn der Planungen gegen die Errichtung des Parkhauses gewesen sei. Nach seiner Auffassung bestehe Angst der Verwaltung, dass das Parkhaus nicht genutzt werde und die Stellplätze daher außerhalb der genannten Zeiten gebührenfrei seien. Seiner Auffassung nach könne jedem Parker 5,00 € für die Nutzung gewährt werden.

Beschluss:

Die vorgestellte Parkgebührenverordnung für die Nutzung öffentlicher Stellplatzflächen wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Nein-Stimmen: 1 , Enthaltungen: 1

4.1.2. Fördermöglichkeiten für allgemeine Dachbegrünungen
Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 61/007/2020/1

Ein Ratsmitglied vertrat die Auffassung, dass die Fördermöglichkeiten und die Förderrichtlinie schlecht ausgeführt seien, da mit einer genannten Maßnahme mehr Fläche versiegelt werden könne. Die Verwaltung verwies auf Bebauungspläne der letzten 10 Jahre, gem. derer 40 % versiegelt werden könne und eine Überschreitung um weitere 50 % für Nebenanlagen ermöglicht werde. Diese Regelung werde für neue Bebauungspläne zurückgenommen, sodass eine Versiegelung über den zulässigen 40 % nur in Verbindung mit ökologischen Maßnahmen möglich sei.

Eine Ratsfrau sprach sich dafür aus, Dachbegrünungen und weitere ökologische Maßnahmen zu fördern. Die Förderrichtlinie sei gelungen und die gute Arbeit der Klimaschutzmanagerin hervorzuheben. Kritikpunkt sei allerdings, dass der CDU-Antrag mit der Maßnahme verbunden werde, da auch andere Fraktionen Anträge gestellt haben. Ein Sprecher fügte hinzu, dass andere Anträge, wie z. B. zur Baumschutzsatzung oder zum Thema Glyphosat von der CDU-Fraktion sogar abgelehnt worden seien.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgestellte Leitbild zur Förderung von nachhaltigen, umwelt- und klimaschützenden Bauvorhaben in neu aufzustellenden Bebauungsplänen (Baustein I) umzusetzen, wobei für gewerbliche Bauten alternativ zum Gründach auch die Installation einer Photovoltaikanlage möglich ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgestellte Förderprogramm der Stadt Lohne zur nachhaltigen dezentrale Regenwasserbewirtschaftung in Form von z.B. Gründächern, Zisternen und Versickerungsanlagen etc. (Baustein III) aufzulegen und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Die direkte finanzielle Förderung der Neuanlegung von Gründächern in Bestandsimmobilien soll geprüft werden.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

4.1.3. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung - "Förderprogramm Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung"
Vorlage: 61/007/2020/2

Die Verwaltung wies darauf hin, dass die vorgestellte Richtlinie in Zusammenarbeit mit der Fraktion GRÜNE erarbeitet worden sei und eine einheitliche Regelung gefunden werden konnte.

Ein Sprecher der GRÜNEN –Fraktion sprach sich als zufrieden mit der Richtlinie aus, die einen Schritt nach vorne bedeute. Auch seien die Sicherung und der Schutz des Grundwas-

sers sowie die Fassadenbegrünung enthalten, die jedoch keine Alternativ zu Steingärten darstelle. Die Richtlinie biete einen Ausgleich zur Nachverdichtung. Er sprach sich dafür aus, dass die Richtlinie überarbeitet bzw. fortgeschrieben werden könne, sobald genügend Erfahrungswerte vorliegen.

Es wurde sodann der Antrag gestellt, die genannte Mindestgröße in § 2 von 30 m² auf 20 m² zu verringern. Als Begründung führte er auf, dass Altbestände lediglich Garagen von 7m Länge aufweisen und damit nicht förderfähig wären. Es solle jedoch auch eine nachträgliche Förderung möglich sein.

Dem Antrag wurde mit 32 Ja-Stimmen stattgegeben.

Ein Ratsherr bezog sich auf die §§ 6 und 8 der Richtlinie. Hier beziehen sich die Voraussetzungen auf den OOWV sodass der Außenbereich, der die Gebühren an die Hase-Wasseracht entrichte, nicht einbezogen werde und Handlungsbedarf bestehe.

Auf Vorschlag der Verwaltung wurde sich einstimmig dafür ausgesprochen, die §§ 6 und 8 um „oder ein sonstiger Nachweis erbracht wird“ zu erweitern.

Bei Notwendigkeit könne eine Konkretisierung erfolgen.

Beschluss:

1. „Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für nachhaltiges Bauen“ – „Förderprogramm Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung für Dach- und Fassadenbegründungen sowie Regewassernutzungsanlagen, Versickerungsanlagen und Grauwassernutzungsanlagen“ wird mit den genannten Änderungen beschlossen.
2. Für das Förderprogramm werden für das erste Jahr 50.000 € an Haushaltsmitteln bereitgestellt.
3. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn zur Förderung kann zugelassen werden.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32

4.1.4. 74. Änderung des Flächennutzungsplans '80 der Stadt Lohne und Bebauungsplan Nr. 20 E – 1. Änderung für den Bereich zwischen der Keetstraße und der Meyerhofstraße
a) Beratung der während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs.2 BauGB und der erneuten Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/008/2021/1

Nach Auffassung eines Sprechers stelle die Änderung des Bebauungsplanes einen großen Fehler dar, der Jahrzehnte nicht rückgängig gemacht werden könne. Die Kreuzung Keetstraße/Bakumer Straße/Dinklager Straße/Vechtaer Straße sei mit der Bahn ohnehin schon ein Knotenpunkt. Die Eröffnung eines Famila-Marktes an der vorgesehenen Örtlichkeit führe zu einer noch höheren Verstopfung dieses Bereiches.

Davon auszugehen, dass dieses Vorhaben eine Belebung der Innenstadt herbeiführe, stelle nach seinen Ausführungen einen Realitätsverlust dar. Im Westen, d. h. hinter der Bahn, sei eine Nahversorgung wichtig. Es wurde sich mehr Weitblick gewünscht, anstatt lediglich den Wünschen von Herrn Küstermeyer und der Bunting Gruppe nachzukommen. Bäume werden dadurch gefährdet und zerstört, im Gegensatz dazu aber Schutzgebiete beantragt.

Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ein Ratsherr berichtete über die traurige Nachricht, dass seitens der Bürgerinitiative ProWald eine Unterschriftenliste zur Fläche von Küstermeyer und dem geplanten Bauvorhaben überreicht werde. Es seien 1.200 Unterschriften gesammelt worden. Die Forderung bestehe darin, das Vorhaben nicht weiter zu verfolgen und Famila westlich der Bahn anzusiedeln.

In der Örtlichkeit befinden sich Schulzentren in unmittelbarer Nähe, die in Verbindung mit dem zu erwartenden Verkehr hohe Gefahren mit sich bringen.

Das größte Problem der Gesellschaft sei es nach Auffassung des Sprechers, dass Dinge gegen Geld geopfert werden. Der ökologische Verlust sei auch hier wiedererkennbar. Die Erde müsse 2,8x so groß sein, um den Status Quo erhalten zu können. In Anbetracht des Flächenverbrauches während der letzten 10 Jahre sei Lohne wohl höher aufgestellt als die gesamte Bundesrepublik. Er bezog sich auf eine Äußerung der Kanzlerin und betonte, dass zwar etwas für den Klimaschutz getan wurde, dies jedoch viel zu wenig sei.

Es wurde in den weiteren Ausführungen versichert, dass der neue Famila-Markt ein Flop werde. Die Änderung des alten Bebauungsplanes sei zwar rechtlich zulässig, jedoch ein Betrug an Lohner Bürgern, was unverantwortlich sei. Es werde der Eindruck vermittelt, dass Waldflächen Gefahren für Lohne darstellen. Auch das Gutachten passe nicht zu den zeitlichen Angaben, jedoch werde diesem geglaubt, dem Redner aber nicht. Lt. Bebauungsplan müsse die Waldfläche aufgeforstet werden, es sei denn, der Bebauungsplan werde geändert.

Bürgermeister Gerdesmeyer kritisierte den Versuch, ein über Jahre breit diskutiertes Thema mit Attributen wie Betrug zu skandalisieren und mit „Durchknüppeln“ zu belegen.

Entscheidungen der Vergangenheit und damit auch die Bebauungspläne stimmen nicht mit den Aspekten überein, die bei einer späteren Entscheidung zugrunde gelegt werden.

Die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange seien beteiligt worden, genau wie bei dem damaligen Bebauungsplan.

Auch auf der Internetseite „Openpetition“ seien seitens Herrn Gerdesmeyer die wesentlichen Argumente genannt worden: Der bestehende Familia-Markt müsse sich, zusammen mit dem Getränkemarkt, modernisieren und neu aufstellen. Weiterhin sollen eine andere Warendarstellung und eine Ergänzung durch einen Drogeriemarkt erfolgen.

Sofern sich dafür ausgesprochen werde, dass diese Zusammensetzung nicht benötigt werde, stelle dies einen nachvollziehbaren Standpunkt dar, der seitens Herrn Gerdesmeyer und der CDU-Fraktion jedoch nicht geteilt werde.

Im Falle einer Realisierung im Westen der Bahn müsse bedacht werden, dass die aktuelle Verkehrssituation auch schwierig sei und auch in jüngerer Vergangenheit zu schweren Unfällen geführt habe. Eine Umsiedlung auf die Fläche Ruholl/Meistermann führe zu einer Frequenz vor den Toren der Stadt, was sehr kritisch zu sehen sei.

Der Grund, weshalb sich die CDU-Fraktion für diesen Standort ausspreche, bestehe darin, dass sich dieser in unmittelbarer Nähe der St. Gertruds Kirche befinde und damit auch Innenstadt sei. Wenn sich Menschen in diesem Bereich aufhalten, werde auch eine Belegung des angrenzenden Bereichs Keetstraße/Meyerhof/Neuer Markt/Marktstraße folgen, der von Famila profitieren werde. Es wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass Innenstadt nicht nur die Fußgängerzone beinhalte.

Für den westlichen Bereich werde, ergänzend zu dem bestehenden Netto-Markt, ein weiterer Nahversorger installiert.

Zum Verlust der Bäume und der Petition wurde ausgeführt, dass die private Maßnahme des Investors rechtlich überprüft worden und rechtmäßig sei. Als Ersatz werden Bäume in einem Verhältnis von 1:1,5 in Lohne kompensiert.

Vor dem Hintergrund, dass auf dem vorgesehenen Standort leerstehende Gebäude vorhanden seien, trage ein neuer und moderner Markt auch zu einem guten Stadtbild und einer positiven Entwicklung der Örtlichkeit bei.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass zwar alle Argumente ausgetauscht worden seien, der Familia-Markt jedoch über keinen Rückhalt in der Bevölkerung verfüge.

Dies sei die letzte Möglichkeit, diesen zu verhindern. Dies solle jedem bewusst sein. Die SPD-Fraktion schloss sich dem Antrag auf namentliche Abstimmung an.

Die GRÜNEN verwies auf die frühere Möglichkeit, den Familia-Markt an die Keetstraße zu verlegen. Die CDU-Fraktion habe sich aber für das E-Center entschieden. Das Experiment, die Innenstadt hiermit zu beleben, sei nicht geglückt.

Bürgermeister Gerdesmeyer führte hierzu aus, dass die Küstermeyerstraße von dem E-Center profitiere. Sofern eine Ansiedlung in Nähe der Autobahn erfolge, wäre in der Innenstadt noch weniger los. Eine Belebung der Innenstadt könne also nur durch einen Familia-Markt auf der vorgesehenen Fläche erfolge.

Die Frage, ob seinerzeit eine Ausschreibung für die Fläche zwischen Leffers und Rüwe erfolgt sei, wurde verneint.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion wies unter Bezugnahme auf die 1.200 Unterschriften darauf hin, dass bei einer Bevölkerung von 29.000 Einwohnern lediglich ca. 5,2 % unterschrieben haben. Weitere 23.000 (abzüglich Minderjähriger) jedoch nicht. Aufgrund dessen, dass die Einreichung erst in der Sitzung erfolgt sei, könne nicht geprüft werden, ob die Unterschriften von Lohnern geleistet worden seien.

Auf Äußerungen einer Zuhörerin konnte aufgrund eines fehlenden Rederechts nicht eingegangen werden.

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung wurde mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Bei dem folgenden Beschluss wurde wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen:

Tobias Gerdesmeyer
Clemens-August Röchte
Elsbeth Schlärman
Walter Bokern
Franz Bruns
Christian Fahling
Margarete Godde
Norbert Hinzke
Stefanie Kröger
Christian Meyer
Christina Renner
Konrad Rohe
Paul Sandmann
Julia Sandmann-Surmann
Thomas Schlarmann
Walter Sieveke
Brigitte Theilen
Henrike Theilen
Ali Yilmaz
Michael Zobel

Nein-Stimmen:

Tobias Beckhelling
Stephan Blömer
Manuela Deux
Ralf Kache
Silvia Klee
Walter Mennewisch
Reinhard Mertineit
Dr. Lutz Neubauer
Franziskus Pohlmann
Holger Teuteberg
Peter Willenborg

Enthaltungen:

Evren Demirkol

Beschluss:

- a) Den Vorschlägen zur Behandlung der während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 18.05.2021 wird bestätigt und lautet wie folgt: Die 74. Änderung des Flächennutzungsplans '80 und der Bebauungsplans Nr. 20E – 1. Änderung für den Bereich zwischen der Keetstraße und der Meyerhofstraße sowie die Begründungen hierzu werden als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 20 , Nein-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 1

4.1.5.	Bebauungsplan Nr. 194 für den Bereich „Nördlich Dinklager Straße / Zum Lerchental“
	a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
	b) Satzungsbeschluss
	Vorlage: 61/011/2021

Ratsherr Ralf Kache hat den Sitzungsraum vorübergehend verlassen und nicht an der Abstimmung mitgewirkt.

Beschluss:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 194 für den Bereich „Nördlich Dinklager Straße / Zum Lerchental“ sowie die örtlichen Bauvorschriften und die Begründungen hierzu werden als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 28 , Nein-Stimmen: 1 , Enthaltungen: 2

4.2. Empfehlungen des Bauausschusses

4.2.1.	Satzung über die Aufhebung der örtlichen Bauvorschrift (Satzung) über die Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Stadt Lohne;
	a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen
	b) Satzungsbeschluss
	Vorlage: 60/008/2021/1

Die Ratsmitglieder folgten dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses.

Beschluss:

- a) Den Empfehlungen der Verwaltung zur Behandlung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange abgegebene Stellungnahmen wird unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange zugestimmt.
- b) Die Satzung über die Aufhebung der örtlichen Bauvorschrift (Satzung) über die Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Stadt Lohne und die Begründung hierzu werden als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 1

4.3. Empfehlungen des Finanzausschusses

4.3.1. Zuschussantrag des Golfclub Gut Brettberg Lohne e. V. Vorlage: 20/005/2021

Die Ratsmitglieder folgten den Vorschlägen des Verwaltungsausschusses.

Beschluss (Teil A):

Die Stadt Lohne gewährt dem Golfclub Gut Brettberg Lohne e.V. aufgrund seines Antrages vom 31.3.2021 für vorzunehmende Investitionen auf Nachweis eine Förderung in Höhe von 50% der Kosten in Höhe von 100.000 €, demnach max. 50.000 €.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 27, Nein-Stimmen: 4, Enthaltungen: 1

Beschluss (Teil B):

Die Stadt Lohne gewährt dem Golfclub Brettberg Lohne e.V. aufgrund seines Antrags vom 31.03.2021 für den Ankauf der Golfanlage einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 250.000 €. Voraussetzung für die Auszahlung ist, dass die Finanzierung der Gesamtmaßnahme geklärt ist und die Pachtsituation für die Anlage bis mindestens zum Jahr 2041 gesichert ist.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 26 , Nein-Stimmen: 5 , Enthaltungen: 1

4.3.2. Zuschussantrag des Schützenvereins Lohne e. V. von 1608 - Neubau einer Schießsporthalle Vorlage: 20/003/2021

Stadtkämmerer Theder verwies auf eine Mitteilung per E-Mail hinsichtlich des möglichen Vorsteuerabzuges. Die Kosten für die Inneneinrichtung waren in den Gesamtkosten noch nicht enthalten, sodass diese entsprechend ansteigen. Da teilweise ein Vorsteuerabzug möglich sei, bleibe das Ergebnis am Ende jedoch ungefähr gleich.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion berief sich auf die Vorberatung, in der alle Argumente ausgetauscht worden seien. Die Fraktion spreche sich zwar für den ursprünglichen Beschlussvorschlag des Kämmerers und damit für eine geringere Zuschusshöhe aus, wolle sich aber

nicht widersetzen. Die Fraktion befürworte einen Neubau, jedoch werden unter den Vereinsmitgliedern auch andere Auffassungen und Meinungen vertreten.

Das Verhalten des Schützenvereines gegenüber des Rates und der Verwaltung wurde dahingehend als unbefriedigend eingestuft. Am 7. Mai und damit vier Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses erreichte die Verwaltung und den Rat eine erklärende E-Mail des Schützenvereines. Am 17. Juni und damit ebenfalls kurz vor der Sitzung wurden die Ratsmitglieder darüber informiert, dass der Schützenverein mitgeteilt habe, dass über einen Vorsteuerabzug weitere ca. 200.000 € zur Finanzierung generiert werden können. Als Berechnungsgrundlage seien aus seiner Sicht hierfür Baukosten zugrunde gelegt worden, die wesentlich geringer ausfallen würden als die genannten Angaben im Finanzausschuss. Gleichzeitig rechne der Verein aber auch mit Mehrkosten in Höhe von 180.000 €.

Der Sprecher wies darauf hin, dass wesentliche Fakten für eine Entscheidung frühzeitig bekannt sein sollten.

Auf Nachfrage wurde erklärt, dass die verschiedenen Baumaßnahmen an dem Standort mit Blau-Weiß Lohne, dem Tennisverein und dem Schützenverein besprochen worden seien, sodass keine gegenseitige Behinderung der Projekte, sondern eine Zusammenführung aller Pläne erfolgen könne.

Ein Sprecher erklärte, er begrüße die Planungen grundsätzlich, habe sich aber mehr Transparenz innerhalb des Vereines gewünscht, sodass die Akzeptanz für das Projekt größer hätte ausfallen können.

Die Maßnahme jetzt, d. h. während der Corona-Pandemie, vor allem mit Steuergeldern umzusetzen, sei nach seiner Auffassung ein falsches Signal. Zudem werde auch die Gastronomie bezuschusst, die in keinem Zusammenhang mit der Sportförderrichtlinie stehe. Im Vergleich zu anderen Vereinen wäre eine geringere Förderung in Ordnung.

Auf Nachfrage erklärte Stadtkämmerer Theder, dass eine Sicherung im Grundbuch möglich sei. Es werde jedoch davon ausgegangen, dass das Darlehen in Höhe von 300.000 € nicht in Anspruch genommen werde.

Herr Gerdesmeyer wies informationshalber darauf hin, dass der Bau im Innenbereich gem. § 34 BauGB zu beurteilen sei und seitens der Stadt Lohne das Einvernehmen zum Bauvorhaben zu erteilen sei.

Beschluss:

Das Einvernehmen zu dem geplanten Neubau einer Schießsporthalle wird erteilt.

Die Stadt Lohne gewährt dem Schützenverein Lohne von 1608 e.V für den Neubau einer Schießsporthalle am Schützenplatz an der Steinfelder Straße einen Zuschuss in Höhe von 60 % der erwarteten Kosten als Festbetrag (1.120.800 €).

Außerdem gewährt sie dem Verein erforderlichenfalls ein Darlehen von bis zu 300.000 €, um die Finanzierung des Vorhabens sicherzustellen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 27 , Nein-Stimmen: 5

4.3.3. Entgeltordnung für die Benutzung des Parkhauses am St. Franziskus-Hospital Vorlage: 20/006/2021

Ein Ratsherr erklärte, er habe sich eine kostenlose Parkmöglichkeit für die Mitarbeiter des Krankenhauses und das St.-Elisabeth-Hauses sowie für die Krankenpflegeschüler gewünscht und stellte den Antrag, die Parkgebühren für die Mitarbeiter des Krankenhauses und das St.-Elisabeth-Hauses sowie für die Krankenpflegeschüler auf 1,00 € für 12 Stunden pro Tag zu reduzieren und entsprechende Berechtigungskarten auszustellen.

Bürgermeister Gerdesmeyer erklärte zum Antrag, dass die Schaffung bzw. die Bereitstellung von Parkplätzen Aufgabe eines jeden Arbeitgebers sei. Sofern einzelne Berufsgruppen von der Regelung ausgenommen werden, könnten künftig Debatten über die Wertigkeit von Berufsgruppen geführt werden. Daher seien keine Sondertarife vorgesehen.

Der Antrag wurde sodann mit 2 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Sodann bezog sich der Ratsherr auf den Beschlussvorschlag zu 2 und fragte nach dem Unterschied zwischen besonderen Fällen und grundlegenden Änderungen. Gem. § 58 I Nr. 2 NKomVG sei die Entgeltordnung ausschließlich durch den Rat zu ändern und sei ansonsten rechtswidrig. Zudem haben Bürger das Recht, an Debatten zur Änderung der Entgeltordnung teilzunehmen. Eine kommunalrechtliche Prüfung bleibe vorbehalten. Es wurde beantragt, diesen Passus zu streichen.

Bürgermeister Gerdesmeyer äußerte Verwunderung über mögliches Misstrauen gegenüber der Verwaltung. Besondere Fälle liegen dann vor, wenn die Parkgebühren aufgrund Allerheiligen, verkaufsoffener Sonntag oder besonderer Veranstaltungen für einzelne Tage geändert werden sollen. Die Ermächtigung sei lediglich für eine flexible Handhabung gedacht, nicht für die grundlegende Änderung von Tarifen.

Der Antrag wurde sodann mit einer Ja-Stimme, 29 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

1. Die Entgeltordnung für die Nutzung des Parkhauses am St. Franziskus-Hospital wird beschlossen.
2. Der Verwaltungsausschuss und die Verwaltung werden ermächtigt, in besonderen Fällen ergänzende oder abweichende Tarife festsetzen zu dürfen. Grundlegende Änderungen der Tarifstruktur bedürfen einer Beschlussfassung durch den Rat.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 29 , Nein-Stimmen: 3

4.3.4. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Nutzung des LOHNEUMS Vorlage: 20/004/2021

Die SPD-Fraktion begründete ihren Antrag damit, dass eine öffentliche Beratung über die künftige Nutzung des Lohneums erfolgen solle, da mehrfach Anträge für außersportliche Nutzungen gestellt worden seien.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Ausführungen der Verwaltung, der CDU und der Kommunalaufsicht nicht korrekt gewesen seien.

Beschluss:

Über die Nutzungen des LOHNEUMS entscheidet der Verwaltungsausschuss der Stadt Lohne.

Eine Überlassung der Räume des LOHNEUMS für Veranstaltungen von politischen Parteien, freien Wählergemeinschaften und ihnen nahe stehenden Organisationen zum Zwecke parteipolitischer Veranstaltungen (z.B. Parteitage, Mitgliederversammlungen, parteiinterne Veranstaltungen usw.) wird ausgeschlossen.

Zulässig sind Rats- und Ausschusssitzungen der Stadt Lohne sowie für die Öffentlichkeit zugängliche Veranstaltungen, die überparteilichen Charakter haben, wie z.B. Podiumsveranstaltungen mit Teilnehmern mehrerer Parteien.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 30 , Nein-Stimmen: 1

4.3.5. Bau eines offenen Gemeinde- und Begegnungszentrums sowie einer Bücherei / Mediothek - Finanzierungsplanung
Vorlage: 20/007/2021

Ein Sprecher verwies auf die Vorgeschichte: Seinerzeit sei vorgesehen gewesen, das Adolf-Kolping-Haus in die Planungen des Grundstücks Pundt/Schlarmann einzubeziehen. Sodann habe die Kirche aber mit Hilfe der Stadt Lohne das ehem. Café Eckhoff erworben.

Das Adolf-Kolping-Haus und die Bücherei seien stark renovierungsbedürftig. Kosten in Höhe von 5,67 Mio. € seien nach seiner Auffassung für einen Neubau jedoch deutlich zu hoch.

Es wurde der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt.

Ein Ratsherr stufte die Investition mit 3 Mio. € an Steuergeldern für eine fragwürdige Maßnahme auf fremden Grund als bedenklich ein und erkundigte sich hinsichtlich der Sicherungen. Die Verwaltung erklärte dazu, dass ein Kauf des Adolf-Kolping-Hauses nicht verpflichtend sei und die Kirche dies auch bisher nicht angeboten habe. Im Falle einer Realisierung können 1,8 Mio. € der Kosten durch eine Landesförderung beglichen werden, weitere 1,2 Mio. € durch die Stadt Lohne. Durch die Stadt werde die Bücherei bzw. eine neue Mediathek bezuschusst, die durch eine Stadt grundsätzlich vorzuhalten sei. Für das Adolf-Kolping-Haus werde eine gute Nachfolgeregelung gefunden.

Bürgermeister Gerdesmeyer wies abschließend darauf hin, dass viele Aspekte kircheninterne Angelegenheiten darstellen und die Stadt Lohne nicht betreffe.

Eine dingliche Sicherung sei nach Aussagen von Stadtkämmerer Theder schwierig. Da aber ein jährlicher Austausch in Höhe von ca. 2 Mio. € erfolge, könne hierüber auch Druck ausgeübt werden.

Dem Antrag auf namentliche Abstimmung wurde mit 27 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Bei dem folgenden Beschluss wurde wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen:

Tobias Gerdesmeyer
 Clemens-August Röchte
 Elsbeth Schlärman
 Tobias Beckhelling
 Walter Bokern
 Franz Bruns
 Evren Demirkol

Nein-Stimmen:

Stephan Blömer
 Ralf Kache
 Franziskus Pohlmann
 Holger Teuteberg

Manuela Deux
 Christian Fahling
 Margarete Godde
 Norbert Hinzke
 Silvia Klee
 Stefanie Kröger
 Walter Mennewisch
 Reinhard Mertineit
 Christian Meyer
 Christina Renner
 Konrad Rohe
 Paul Sandmann
 Julia Sandmann-Surmann
 Thomas Schlarmann
 Walter Sieveke
 Brigitte Theilen
 Henrike Theilen
 Peter Willenborg
 Michael Zobel

Beschluss:

Die Stadt Lohne bezuschusst das Vorhaben „Bau eines offenen Gemeinde- und Begegnungszentrums sowie einer Bücherei / Mediothek“ und eines „inklusive Cafés / Eine-Welt-Ladens“ (Trägerin Kath. Kirchengemeinde St. Gertrud Lohne) mit einem Anteil von 50 % der nachgewiesenen Ausgaben, maximal aber mit 3.000.000,- €. Darin enthalten ist die weiterzureichende Landesförderung von 1,881 Mio. €. Das Vorhaben ist bis zum 31.12.2025 abzuschließen.

Bezüglich der konkreten Ausgestaltung ist das Einvernehmen der Stadt Lohne erforderlich. Diese ist bereits in der Planungsphase intensiv einzubinden.

Das entstehende Gebäude ist mindestens bis zum 31.12.2050 dem Förderzweck entsprechend als offenes Gemeinde- und Begegnungszentrum sowie einer Bücherei / Mediothek zu nutzen. Die Einrichtung ist konfessionsunabhängig für jedermann zugänglich zu halten. Der Förderbescheid der NBank ist Teil der mit der Kirchengemeinde abzuschließenden Vereinbarung, seine Bestimmungen sind einzuhalten. Die Verpflichtungen der Kirchengemeinde sind in geeigneter Weise abzusichern.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 26 , Nein-Stimmen: 4

4.3.6. Veräußerung eines Erbbaugrundstücks an der Märschendorfer Straße Vorlage: 23/012/2021

Ratsfrau Christina Renner hat den Sitzungsraum wegen Vorliegen eines Mitwirkungsverbot vorübergehend verlassen und nicht an der Abstimmung mitgewirkt.

Beschluss:

Die Stadt Lohne veräußert das städtische Flurstück 219/22 der Flur 25 zur Größe von 835 m² zu einem Kaufpreis von 133.819,58 € (160,26 €/m²) an die jetzigen Erbbauberechtigten.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29

4.3.7. Festlegung eines Konzeptes und des Kaufpreises für eine Reihenhausbauung auf dem Voßberg Vorlage: 23/002/2021

Ratsfrau Christina Renner hat den Sitzungsraum vorübergehend verlassen und nicht an der Abstimmung mitgewirkt.

Beschluss:

Die zwei Grundstücke an der Lothringer Straße zur Größe von 1.602 m² und 1.677 m² werden zu einem Quadratmeterpreis von 90 € für innen liegende Grundstücke und 100 € für die außen liegenden Grundstücke an städtische Bauplatzbewerber bzw. Investoren veräußert. Diese sind mit jeweils 5 Wohneinheiten zu bebauen und nach Fertigstellung an Interessenten zu verkaufen. Unter Beachtung der verwaltungsseitig festgelegten Anforderungen sowie unter Beachtung des Mindeststandards KfW 55 soll die Kostenobergrenze 2.500 € je Quadratmeter nicht übersteigen.

Die Wohnungsgröße sollte bei 125 qm liegen, was einem Kaufpreis von 312.500 € entspricht.

Die Reihenhauskäufer werden spätestens nach Fertigstellung über das übliche Verfahren nach bekannten Vergabekriterien ausgewählt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 29

5. Anträge, Anfragen und Anregungen

5.1. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG: Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 10/011/2021

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 01.06.2021 den anliegenden Antrag gem. § 56 NKomVG gestellt und um Beratung und Beschlussfassung hinsichtlich der Änderung des § 10 der Hauptsatzung der Stadt Lohne gebeten (Film- und Tonaufnahmen in öffentlichen Sitzungen des Stadtrates).

Begründet wird der Antrag damit, dass in der vergangenen Diskussion des Stadtrates vom 10.03.2021 über die Zulässigkeit von Ton- und Filmaufnahmen keine Einigkeit hergestellt werden konnte.

Die SPD-Fraktion beruft sich auf die Forderung des Gesetzgebers hinsichtlich einer Formulierung zu diesem Punkt und erachtet es für richtig und zielführend, schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Grundvoraussetzung für einen „Livestream“ zu schaffen.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung verwiesen.

zurückverwiesen
Ja-Stimmen: 30

5.2. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG: „Events finden Stadt“ / Innenstadt-Patenschaften für Kunst, Kultur & Sport
Vorlage: WÖ/007/2021

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, Aufwand und Kosten für eine mögliche Veranstaltungsreihe „Events finden Stadt“ zu ermitteln sowie eine mögliche maximale Fördersumme pro Event zu definieren.

Bereits in diesem Jahr startet die Verwaltung mit der neuen Open-Air-Reihe „live & luftig“, die dauerhaft etabliert werden soll. Gestartet wird am 02. Juli mit einem Konzert im Meyerhof. Es folgen zwei weitere Konzerte am 17.07. und 27.08. auf der Freilichtbühne.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport verwiesen.

zurückverwiesen
 Ja-Stimmen: 30

5.3. Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 56 NKomVG: Pop-up-Store
Vorlage: WÖ/008/2021

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung prüfen soll, inwieweit das Ladenkonzept eines Pop-up-Stores in Verbindung mit einem Paket-Hub in verschiedenen Leerständen umgesetzt werden kann.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung verwiesen.

zurückverwiesen
 Ja-Stimmen: 28 , Nein-Stimmen: 2

5.4. Antrag der CDU-Fraktion gem. § 56 NKomVG; Smart-City
Vorlage: 6/010/2021

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag in Zusammenarbeit mit einer zu gründenden Arbeitsgruppe aus Vertretern des Stadtrates ein erstes Pilot-Projekt zum Thema Smart-City zu benennen und zu bearbeiten.

Hierbei soll unter Zuhilfenahme einer kundigen Beratungsfirma eine mögliche Herangehensweise erarbeitet werden, um:

- mögliche Ansätze bei den Vorhaben in Lohne generell und insbesondere in Bezug auf die Innenstadt zu erstellen.
- mögliche Fördermöglichkeiten durch das Land Niedersachsen und den Bund in diesem Zusammenhang in Anspruch nehmen zu können.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung verwiesen.

Ratsfrau Margarete Godde hat den Sitzungsraum vorübergehend verlassen und nicht an der Abstimmung mitgewirkt.

zurückverwiesen
Ja-Stimmen: 29

6. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin richtete eine Frage an den Vorsitzenden des Bauausschusses. In der vorangegangenen Beratung sei im Hinblick auf die 1.200 Unterschriften gegen das Famila-Projekt ausgeführt worden, dass diese lediglich 5,2 % der Lohner Bevölkerung darstellen und die weiteren geschätzten 32.000 Bürger keine Unterschrift geleistet haben.

Es wurde darüber informiert, dass die Unterschriften unter erschwerten Bedingungen gesammelt worden und keine Hausbesuche möglich gewesen seien.

Sodann wurde um eine Einschätzung gebeten, ob ohne erschwerte Bedingungen mehr Unterschriften hätten gesammelt werden können. Herr Bokern erklärt, dass dies nicht einschätzbar sei. Fakt sei, dass 1.200 Unterschriften gesammelt worden seien. Unterschriftenlisten sollten aber grundsätzlich frühzeitig eingereicht werden, sodass eine Prüfung dahingehend erfolgen könne, ob diese alle zulässig und von Lohner Bürgern geleistet worden seien. Da die Petition auch online abrufbar sei, hätte jeder Bürger darauf zugreifen können.

Sodann wurde darüber informiert, dass in anderen Städten oder Gemeinden 300 – 400 Unterschriften ausreichen, um etwas zu bewirken. Herr Bokern wurde gefragt, wie viele Unterschriften benötigt werden, um von der Lohner Verwaltung bzw. vom Lohner Stadtrat gehört zu werden. Zudem wurde die Auffassung vertreten, dass ältere Bürger gar nicht erreicht werden konnten.

Herr Bokern verwies auf eine vorliegende Mehrheit bei über 50 %. Unterschriften von 5 % der Bürger seien zu wenig, vorliegen müssten mindestens 20 – 25 %.

Sodann wurde Herr Hinzke um eine Stellungnahme dahingehend gebeten, ob die Bäume auf der Hofstelle Küstermeyer auch dann gefällt worden wären, wenn sich die CDU-Fraktion gegen den Famila-Markt ausgesprochen hätte. Die Anfrage wurde nicht beantwortet.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Röchte schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nachdem die Zuhörer den Sitzungsraum verlassen hatten, eröffnete er den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Vorsitzender

Kathrin Kolhoff
Protokollführer